



Foto: ORF Vorarlberg

Foto: ORF Vorarlberg

Politik

Neues Naturschutzgesetz sorgt für Kritik

Die geplante Novellierung des Vorarlberger Naturschutzgesetzes sorgt für kontroverse Diskussionen. Während die Wirtschaft von einem notwendigen Abbau bürokratischer Hürden spricht, warnen Naturschutzvertreter vor einer deutlichen Schwächung des Natur- und Landschaftsschutzes.

26.06.2026 18.32

Aus Sicht der Wirtschaftskammer ist das derzeitige Gesetz in vielen Bereichen zu restriktiv. Wirtschaftskammer-Präsident Karlheinz Kopf begrüßt die geplanten Änderungen. Neben dem Naturschutzgesetz gebe es zwar auch in anderen Bereichen Reformbedarf, dennoch sei es positiv, dass hier nun Bewegung in die Sache komme.

Bewilligung ab 2.000 Quadratmeter

Die Naturschutzanwältin Katharina Lins sieht die Pläne hingegen kritisch. Das Naturschutzgesetz bestehe seit rund 30 Jahren und habe sich bewährt. Die vorgesehenen Änderungen würden den Naturschutz massiv verschlechtern. Dass ausgerechnet die ÖVP, die das Gesetz einst maßgeblich mitgestaltet habe, nun dessen Schwächen beklage, sei aus ihrer Sicht widersprüchlich.



Foto: ORF Vorarlberg

Naturschutzanwältin Katharina Lins

Konkret soll künftig erst ab einer überbauten Fläche von 2.000 Quadratmetern eine naturschutzrechtliche Bewilligung erforderlich sein. Bislang lag diese Grenze bei 800 Quadratmetern. Außerdem sollen bestimmte Schutzbauten, etwa für den Lawinen- oder Hochwasserschutz, künftig keine naturschutzrechtliche Bewilligung mehr benötigen.

Lins warnt davor, dass auch solche Bauvorhaben erhebliche Auswirkungen auf die Natur haben können. Diese sollten nicht verhindert, aber möglichst naturverträglich umgesetzt werden. Sie fordert ein klares Bekenntnis zum Naturschutz und betont, dass Natur und Landschaft für die Bevölkerung ein wichtiges Gut seien. Die Landesregierung höre vor allem die Klagen der Unternehmen über Bürokratie, dürfe dabei aber die Interessen der Allgemeinheit nicht aus den Augen verlieren.



Foto: ORF Vorarlberg

Karlheinz Kopf, Wirtschaftskammer Vorarlberg

Planbare Rahmenbedingungen

Für die Wirtschaft steht hingegen die Planungssicherheit im Vordergrund. Kopf betont, dass eine starke Wirtschaft Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung sei. Investitionen seien nur möglich, wenn Unternehmen auf verlässliche und planbare Rahmenbedingungen vertrauen könnten.

Die geplante Novelle des Naturschutzgesetzes soll in den kommenden Monaten in Begutachtung gehen.

red, vorarlberg.ORF.at